

Friedenspolitische Anforderungen an das Denken außenpolitischer Alternativen

(Überarbeiteter Beitrag zum Kasseler Friedensratschlag, Dezember 2009)

Nachdem der kommunistische Realsozialismus wie der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat an ein historisches und konzeptionelles Ende gekommen sind, haben sich sowohl die Idee der notwendig erforderlichen Revolution als auch die des nicht systemsprengenden Reformismus erschöpft. Die Kontroverse „Revolution vs. Reform“ ist historisch erledigt, wenngleich das noch nicht alle Protagonisten des Streits gemerkt haben. Der Neoliberalismus versucht die Ideologie zu verbreiten, zu ihm gäbe es „keine Alternative“. Bereits das ist jedoch Ausdruck von Interessenpolitik der Kapitaleseite. Aus der Sicht der Seite der Arbeit und der sozial Benachteiligten sowie des globalen Südens ist die Frage nach Alternativen nicht erledigt. Nicht zuletzt nach der Weltwirtschaftskrise, die erst vor kurzem die globalisierte Welt an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachte, ist die Frage eines Systemwechsels, die nach 1989/91 abgetan schien, historisch wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Zu einigen Voraussetzungen unter der Perspektive der Gesellschaftsveränderung

Die Globalisierung ist unhintergebar, wie „Maschinenstürmerei“ noch nie Zielrichtung einer an Marx und Engels orientierten Gesellschaftskritik sein konnte. Insofern ist das Nachdenken über Gesellschaftsveränderung nicht von der Analyse ihres internationalen Rahmens zu trennen. Der Kapitalismus hat als erste Wirtschaftsordnung einen globalen Rahmen hergestellt,¹ der historisch nicht ohne Rückschritt rückgängig zu machen ist. Der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung und als Wesensmerkmal der Staatenordnung und das Weltsystem der Neuzeit bedingen sich gegenseitig und setzen einander zugleich voraus. Das so entstandene Weltsystem ist seinem Wesen nach kapitalistisch. In diesem Sinne konnten die realsozialistischen Länder niemals zu autonomen Einheiten werden und haben stets innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft operiert. Das war eine der Ursachen ihres Untergangs.² Damit hat sich die Annahme Lenins, die „Kette des Imperialismus“ reiße in seinem schwächsten Glied, und von da aus ließe sich die ganze Kette durch eine andere ersetzen, als falsch erwiesen. Nachdem der „Sozialismus in einem Land“ oder in einem begrenzten „Weltsystem“ nicht zu einem wirklichen Weltsystem werden konnte, ging der wirtschaftliche und systemische Wettbewerb zugunsten der kapitalistischen Hauptländer aus. Trotzki hatte recht, dass der Sozialismus nur als Weltsystem realisierbar ist oder gar nicht. Er beantwortet aber nicht die Frage, wie die Umwandlung des Weltsystems zu einem anderen vonstatten gehen soll. Die „proletarische Weltrevolution“ steht nicht auf der Tagesordnung. Die proletarischen, sprich: kommunistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts fanden alle im Gefolge von Kriegen statt (dazu gehört nicht die kubanische Revolution, die gesondert zu erörtern wäre). Angesichts der fortbestehenden Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges auch nach dem Ende des kalten Krieges, der den Untergang der menschlichen Zivilisation oder gar der Menschheit bedeuten würde, gibt es ein Primat der Vermeidung von Kriegen, insbesondere eines Weltkrieges. Insofern verbietet sich jede Überlegung, gesellschaftlichen Fortschritt zu erhoffen, der aus den Trümmern eines Krieges entspringt.

Ein Neuansatz gesellschaftlichen Fortschritts durch einen weitreichenden gesellschaftlichen Wandel, eine Transformation, die letztlich auf einen Systemwechsel hinausläuft, ist eigentlich

¹ Dazu sei neben Marx verwiesen auf Fernand Braudels „Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts“, Immanuel Wallersteins drei Bände „Das moderne Weltsystem“ sowie Hartmut Elsenhans: „Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung“, Leipzig: Universitätsverlag 2007.

² Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 80.

nicht in einem Lande denkbar, heute noch weniger als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zugleich gilt, dass der Rahmen für gesellschaftliche Veränderung nach wie vor durch die Verfaßtheit der staatlichen Gemeinschaften gesetzt ist. Der Staat und die Nation, die jeweilige Verfassungs- oder Rechtsordnung bieten den Rahmen für gesellschaftliche Entwicklung oder Veränderung. Ein Transformationsprozess ist nicht denkbar ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie, aber auch nicht ohne Veränderung der Verfassungs- und Rechtsordnung, die jeweils ihren staats- und verfassungsrechtlichen Bezug hat. Insofern ist die Veränderung in einem je innerstaatlichen Rahmen zu denken, der zugleich ein internationales und globales Umfeld hat, das im weitesten Sinne das Weltsystem ist.

Kein Staat existiert für sich allein. Das Geflecht der zwischenstaatlichen Interaktionen bildet das System der internationalen Beziehungen. Von daher stammt die historische Vorstellung von der Staatenwelt als einer Welt der Anarchie. Die Antwort darauf war die Vorstellung eines „Primats der Außenpolitik“³ – weil Fehler in der Innenpolitik in der Regel als reparabel angesehen werden, Fehler in der Außenpolitik jedoch nicht. (In der Tat: Die Entscheidung des Sowjetführers Chruschtschow, zum 300. Jahrestag der Vereinigung von Russland und der Ukraine 1954 der Ukraine die Krim „zu schenken“, war nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht mehr rückgängig zu machen, obwohl die Krim nach der Eroberung von den Tataren und dem Osmanischen Reich immer zu Russland gehört hatte. Das schien 1954 eine innenpolitische Entscheidung zu sein, die sich mit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch als außenpolitische erwies.) Die internationalen Beziehungen sind ein Produkt der Staatenbeziehungen, zugleich beeinflussen sie diese Beziehungen und die Staaten selbst. Innenpolitik, Außenpolitik und das Gefüge der internationalen Beziehungen bilden ein Ganzes, aus dem weder eine linke Gesellschaftspolitik noch linke Außenpolitik heraustreten kann.

Hinzu kommt: Ein Transformationsprozess, der in einem Land unter den in ihm obwaltenden Bedingungen entsteht, kann nicht voraussetzen, dass ein gleichartiger Transformationsprozess in allen anderen umliegenden Ländern entsteht. Er kann nicht versuchen, analoge Prozesse in den Nachbarländern zu initiieren, wenn dort nicht die Voraussetzungen dafür bestehen. (Auch die alten Debatten um einen „Export der Revolution“ oder um das „Anpeitschen der Revolution“ sind historisch erledigt. Das war hellseherischen Marxisten auch schon früher bewusst; zuerst allerdings Mark Twain: „Ein Yankee an König Artus‘ Hof“.) Zugleich kann er nicht warten, bis es auch dort so weit ist, ohne Gefahr zu laufen, die Chance der Veränderung der Verhältnisse im eigenen Land zu verspielen. Für die Außenpolitik eines Landes, in dem ein Prozess der Transformation begonnen hat, steht die Aufgabe, die günstigsten äußeren Bedingungen dafür zu schaffen. Damit stellen sich die Fragen der friedlichen Koexistenz und des Völkerrechts auf neue Weise.

Nationalstaaten europäischen Ausmaßes, auch die größeren, wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, sind zu klein, um in der Welt von heute machtpolitisch, systemisch oder im Sinne exemplarischer Gesellschaftsveränderung eine Rolle zu spielen. Nach neueren Analysen haben wir es in der Welt von heute mit drei Imperien zu tun – USA, die EU und China – und sie kämpfen miteinander um Einfluß. Entscheidend sei die „Zweite Welt“, wozu Indien, Russland, Brasilien usw. zählen würden, in dem Sinne, welches der drei Imperien diese Länder beherrscht bzw. an sich zu binden vermag.⁴ Auch wenn man diese Weltsicht nicht teilt, ist doch offensichtlich, dass nicht mehr national basierte imperiale Mächte mit einer entsprechenden Einfluss-Sphäre, wie vor einhundert Jahren, die Welt beeinflussen, sondern staatlich organisierte Großmächte, die zugleich geopolitisch Großräume sind und ebenso Groß-Volkswirtschaften, wie die USA, China, die EU, Indien, Russland und Brasilien.

³ Diese Idee geht ursprünglich auf den deutschen Historiker Leopold von Ranke (1795-1886) zurück, geistert seither jedoch um alle Debatten zur Außenpolitik.

⁴ Vgl. Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Original bei Random House, New York, deutsch bei Berlin Verlag 2008.

Zugleich sind dies kapitalistische Teilsysteme im Rahmen des Weltsystems, die für sich genommen unterschiedliche Typen von Kapitalismus darstellen. Die Transformationsbedingungen der respektiven Gesellschaften ergeben sich auch aus diesen differierenden Verhältnissen, die jeweils unterschiedliche Voraussetzungen für linke Gesellschafts- und Außenpolitik bilden.

In diesem Sinne stellt die Europäische Union für Deutschland und alle anderen EU-Staaten einen originären Bezugsrahmen dar. Ob mit einer einheitlichen und zeitgleichen Voraussetzung für Gesellschaftsveränderung in allen oder zumindest der Mehrheit der EU-Länder zu rechnen ist, scheint aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Ende der 1990er Jahre regierten in fast allen EU-Ländern Sozialdemokraten, die diese historische Chance jedoch nicht zu einer positiven Veränderung der EU im Sinne der arbeitenden Menschen und sozial Schwachen zu nutzen vermochten, sondern sich eher als besonders eifrige Fraktion der Durchsetzung des neoliberalen Programms betätigten. Insofern ist linke Politik in Deutschland auch nur möglich unter der Voraussetzung, dass die Einbindungen in der EU dem nicht entgegenstehen. Das heißt, ein Transformationsprozess in Deutschland muss EU-kompatibel sein auch unter der Voraussetzung, dass nicht zugleich in den anderen EU-Ländern ein analoger Prozess stattfindet. Die Schaffung der günstigsten äußeren Bedingungen für einen Transformationsprozess stellt sich hier auf spezifische Weise.

Das Eingebundensein in die NATO stellt einen zusätzlich erschwerenden Faktor dar. Der Austritt aus der Militärorganisation wird eine Voraussetzung dafür sein, ein friedliches Umfeld für die eigene Transformation zu schaffen. Dazu gehören auch der Abzug aller Atomwaffen, Abrüstung und Herstellung struktureller Angriffsunfähigkeit, Schaffung atomwaffenfreier Zonen usw. Mit einer freiwilligen Auflösung der NATO ist ohne eine linke Regierung in den USA nicht zu rechnen, die realistischerweise nicht in Sicht ist. Insofern ist ein Austritt Deutschlands aus der NATO der adäquate Schritt, um die NATO als solche zu schwächen und die Voraussetzungen für eine friedliche Gesellschaftsveränderung in Deutschland zu schaffen. Zugleich ist dies ein entscheidender Beitrag, um die von der NATO weltweit ausgehenden Kriegsgefahren zu vermindern.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Schaffung eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa, die Stärkung der UNO und des Völkerrechts besonderes Gewicht. Die Berufung auf die UNO-Charta, das Prinzip der Nichteinmischung und das Gewaltverbot stellt eine wesentliche Grundlage dar, ein friedliches Umfeld für die Transformation im eigenen Land zu schaffen, unter der Voraussetzung, dass die anderen Länder dem (noch) nicht folgen. Angesichts der strukturellen Bedeutung des Finanzmarktkapitalismus kommt der Einführung entsprechender Kontrollen der Finanzmärkte sowie des Aktien- und „Finanzprodukte“-Handels besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne sind auch die älteren UNO-Resolutionen zur „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ usw. neu zu sichten und nutzbar zu machen. Am Ende geht es um die Wandlung des Weltsystems.

Gesichtspunkte der Friedenssicherung

Die Friedensfrage ist im 21. Jahrhundert auf veränderte Weise zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden. Sie hat sich mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges 1989/1991 nicht erledigt. Vor diesem Hintergrund wurde sie zugleich zu einem zentralen Punkt linker Politik, der diese in deutlichem Unterschied zur Mehrheit der anderen politischen Lager in Erscheinung treten läßt und sie zugleich herausfordert. Der politische Druck auf die Linke, zunächst in Teilfragen ihre differente Politik aufzugeben, tritt deutlicher hervor und verstärkt die Notwendigkeit, der Ablehnung der Kriegseinsätze des Westens, auch der Bundesrepublik Deutschland, eine prinzipielle, langfristige Grundlage zu geben. Eine alternative Friedenspolitik bedarf einer klaren politischen und ethischen Begründung, die sich in das Gesamtgefüge der Grundlagen linker Programmatik und Politik einfügt.

In der Politik des Westens hat seit 1990 eine Militarisierung des auswärtigen Handelns und des ihm zugrunde liegenden Denkens stattgefunden. Krieg wurde wieder zu einem „normalen Mittel“ der Politik gemacht, und es war gerade nicht zufällig, dass die USA als einzig hinterbliebene Supermacht dies als erste und eigentliche Triebkraft betrieben. Kriege wie gegen den Irak und in Afghanistan sind Ausdruck eines solchen Vorgehens, zeigen jedoch zugleich dessen Scheitern und schwindende Legitimation.

Insofern sind die Friedensfrage und die Frage nach gesellschaftlicher Veränderung nicht identisch. Auch wenn Kapitalismus eine wesentliche Ursache für Kriege seit dem Beginn der Neuzeit ist, muss zugleich von einer prinzipiellen Friedensfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften ausgegangen werden. Es ist ein Ergebnis politischer Entscheidungen, gesellschaftlicher und politischer Kräfte- und Hegemonieverhältnisse, ob der Drang aggressiver Kreise zum Krieg oder die Tendenz zum Frieden sich durchsetzt. So ist es die erste Anforderung an linke Politik, Krieg als Mittel der Politik kategorisch auszuschließen. Dabei weiß sich die Linke in Übereinstimmung mit der UNO-Charta. Dort heißt es im Artikel 1, dass es Ziel der Vereinten Nationen ist, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten“ sowie „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, die auf der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruhen“. Bei aller Unvollkommenheit des UNO-Systems gilt es, die „Herrschaft des Rechts“ in Gestalt der UNO und ihrer Charta, gegen das „Recht des Stärkeren“, das die USA und ihre Willigen immer wieder zu praktizieren trachten, zu verteidigen und zu stärken. In der Auseinandersetzung um die Modifizierung der NATO-Strategie, die mit dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 Gestalt annehmen soll, wird dies eine zentrale Rolle spielen.

Zugleich mussten die USA und die EU das Heraufkommen neuer Mächte wie China und Indien hinnehmen. Es bildet sich am Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Großmächtekonstellation heraus, die die Entwicklung neuer Spannungen zur Folge hat. Das betrifft die Rolle der USA wie Chinas und Indiens sowie der Europäischen Union, aber auch anderer Mächte, wie Russland und Brasilien, in der internationalen Politik. In diesem Kontext reproduziert sich auch die Logik des atomaren Patts, das wir aus der Zeit des kalten Krieges kennen. Die Militarisierung der EU steht ihrerseits im Kontext dieser neuen globalen Entwicklungen; sie will wenigstens in Europa in der Lage sein, einen Krieg wie gegen Jugoslawien selbständig, das heißt ohne die USA, führen zu können und das Potential haben, in Afrika zu intervenieren. Der Einsatz im Kongo mit deutscher Beteiligung sollte dies demonstrieren. Diese Entwicklungen machen einen Ausstieg aus der Logik des Militärischen um so dringender. Wird erst begonnen, in dieser Logik zu denken, so entwickeln der Ausbau von Streitkräften und Militärbündnissen ihre Eigendynamik. Das Ziel muss daher sein, Frieden mit friedlichen Mitteln zu schaffen, am Ende ohne Streitkräfte und ohne Militärbündnisse. Dazu gehört auch die Forderung nach Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, von der Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen aller Staaten über die Einstellung von Rüstungsexporten – auch deutscher Firmen – bis hin zum Verbot speziell des Exports von Kleinwaffen.

Erforderlich ist ein Grundkonsensus linker Politik. Es genügt nicht zu sagen, linke Politik beziehe stets die gegenteilige Position zu der der Herrschenden. Das wäre noch keine eigene Politik, die auf eigenen Positionen beruht. Das schwierige Problem des Verhältnisses von Menschenrechten und Frieden etwa macht dies deutlich. Ein weiteres Problem ist das der sogenannten „humanitären Intervention“. Das mit großer Geste gefeierte Novum des Völkerrechts, schwere Menschenrechtsverletzungen unterlägen nicht mehr der Jurisdiktion eines Staates und schlossen ein Interventionsverbot nicht mehr aus, wurde unter der Hand zur Wiedereinführung des „Rechts des Stärkeren“ in die internationale Politik und führte zum Wiederaufleben der Figur des „gerechten Krieges“, die mit dem Staaten-Völkerrecht der UNO-Charta nach 1945 ja gerade abgeschafft werden sollte. Insofern gibt es keinen Grund,

nicht auf „die Stärke des Rechts“, das heißt eine Anwendung des geltenden Völkerrechts mit der UNO und dem UNO-Sicherheitsrat im Zentrum zu setzen. Dabei müssen auch das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten und das Gebot, sich der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, zentral hervorgehoben werden.

Ein eigenes Profil linker Friedenspolitik braucht unausweichlich die Ablehnung von Krieg und Gewalt, auch die Entlarvung der Demagogie der Herrschenden. Doch reicht dies nicht. Erforderlich sind eigene Analysen der internationalen Entwicklung, der Ursachen von Kriegen, Konflikten und Spannungen, des Zusammenhangs von Kapitalismus, imperialer Politik und Krieg, der Großmächtekonstellationen und ihrer Folgen sowie die Entwicklung tatsächlicher Alternativen, die von den Ideen eines demokratischen Sozialismus getragen sind. Dabei kommt der Analyse der Entwicklung und der gemachten Politik der Bundesrepublik Deutschland und ihrer kritischen Bewertung eine zentrale Rolle zu. Es geht um eine eigene Friedenspolitik mit eigenen Konzepten, die auf eine Stärkung des Völkerrechts und der UNO hinauslaufen. Gestützt auf eigene Werte und Kriterien kann auch über einzelne Fälle des politischen Herangehens an bereits ausgebrochene Konflikte und Krisen gesprochen werden. Aus der imperialen Logik des Denkens und Handelns herauszutreten, ist der erste Schritt.

Politische Konsequenzen

Wenn es zutrifft, dass die Friedensfrage im 21. Jahrhundert erneut zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden ist, wurde sie zu einem zentralen Feld der Politikformulierung und des politischen Handelns. Aus der Sicht linker Politik kommt der Konfliktprävention und der friedlichen Konfliktbearbeitung in der internationalen Politik zentrale Bedeutung zu. Die Ablehnung von Militäreinsätzen und die Entwicklung alternativer friedenspolitischer Ansätze bilden eine Einheit. Dazu gehören die Entmilitarisierung internationaler Konflikte, das Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die Schaffung von internationalen Regimen gemeinsamer Sicherheit sowie die Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen und der Durchsetzung der UNO-Charta als „Herrschaft des Rechts“ in der internationalen Politik.

Das Feld der Europapolitik hat eine eigenständige Dimension angenommen. Immer mehr politische Entscheidungen fallen nicht mehr im national-staatlichen Rahmen, sondern auf der Ebene der Europäischen Union. Unter dieser Voraussetzung ist es immer stärker notwendig, dass linke Positionen positiv auf Europa Bezug nehmen und eine eigene Vision für das EU-Europa und seine Perspektiven einschließen. Es geht um ein eigenes Leitbild für Europa, sowohl im Rahmen der Bundesrepublik Deutschland als auch der europäischen Linken. Die Sicht auf Europa ist nicht auf das der EU begrenzt, sondern zielt immer zugleich auf das größere Europa, auf gesamteuropäische Strukturen und Kooperationsfelder der Sicherheit und Zusammenarbeit, auch in Anknüpfung an KSZE und OSZE.

Ein grundlegendes politisches Ziel der Linken (dieses Wort meint die Linken im Plural) besteht darin, dass deutsche und europäische Außenpolitik Friedenspolitik wird. Das schließt das politische Agieren gegen das Führen völkerrechtswidriger Kriege und gegen die Militarisierung der Außenpolitik ebenso ein wie gegen den Einsatz der Bundeswehr zu Militärinterventionen im Ausland sowie die Nutzung der Militärbasen auf dem Boden Deutschlands und der EU für Aggressionskriege und für Folter bzw. rechtswidrige Verschleppungen. Militärbündnisse sollten der Vergangenheit angehören; deshalb gehört auch die NATO aufgelöst. Die militärischen Potenziale Deutschlands und der EU sollten deutlich reduziert und auf Anforderungen der Landesverteidigung (des Territoriums in Europa, nicht „am Hindukusch“) ausgerichtet sowie eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hergestellt werden. Deutschland und die EU sollten veranlasst werden, auf die Entwicklung und Produktion von Angriffswaffen zu verzichten und Rüstungsexporte einzustellen. Es sollen künftig keinerlei Atomwaffen in Deutschland stationiert werden. Abrüstung und ein Verbot

aller Massenvernichtungswaffen sollen in den Rang von Staatszielen erhoben werden. Das wären in Umrissen die Anforderungen an ein außenpolitisches Alternativprogramm, das analytisch und argumentativ wissenschaftlich zu untersetzen, auszuarbeiten und zu begründen wäre.

Noch einmal zur Perspektive des Gesellschaftswandels

Der analytische Blick auf die Veränderungen der Gesellschaft geht davon aus, dass sich aus der Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften deren Begrenztheiten ergeben, die eine gesellschaftliche Alternative auf die Tagesordnung rücken lassen, die als „Sozialismus“ gekennzeichnet werden kann.⁵ Daraus ergeben sich Szenarien des Übergangs, der Ausformung von Alternativen, in der sich zugleich eine strategische Subjektivität ausbildet, die zum Träger einer radikalen Realpolitik der Transformation wird. Über einen Prozess der Veränderung – mit intendierten und nichtintendierten Folgen – greift die Transformation Raum, und es verändern sich zugleich die Korrelationen gesellschaftlicher Hegemonie. Eine solche Vorstellung geht von „Voraussetzungen“ aus, die durch den früheren Marxismus, zumindest in der Gestalt des ideologischen Parteimarxismus bzw. Marxismus-Leninismus, nicht gedeckt sind. Es handelt sich um einen offenen historischen Prozess, dessen Ausgang vom Agieren der unterschiedlichen politischen und sozialen Kräfte in ihrer Auseinandersetzung um die Zukunft abhängt. Die Subjekte der Veränderung und ihre Transformations-Politik bilden sich in dem Prozess selbst heraus und erreichen schließlich eine hegemoniale Position, die sowohl die Veränderung selbst als auch deren Unumkehrbarkeit ermöglicht und zugleich die Perspektive eines friedlichen Verlaufs der Transformation eröffnet.

In diesem Sinne befinden sich Freiheit und Sozialismus in einem untrennbaren Zusammenhang. Mit dem Ende des „realen Sozialismus“ sowjetischen Typs ist nicht jeder Sozialismus von der Bildfläche verschwunden. Dies jedoch unter der Voraussetzung: „Es kann nur ein ‚demokratischer Sozialismus‘ sein, oder es ist keiner. Das ist die sozialistische Folgerung aus dem Scheitern jenes ‚realen‘ einerseits und der nach wie vor zutreffenden Kapitalismusanalyse, die von Marx herkommt, andererseits.“⁶ Demgegenüber kann jedoch eingewandt werden: „Aber woher wissen wir eigentlich, dass es nicht – etwa außerhalb Europas – eines Tages Entwicklungen gibt, die uns und unsere mitteleuropäische Selbstgewissheit, um es salopp auszudrücken, alt aussehen lassen werden? Es sei denn, wir begreifen Demokratie als Selbstzweck und nicht als Methode, um Wohlfahrt, Gerechtigkeit und dergleichen zu erreichen. Aber Demokratie an sich?“⁷

Diese Frage ist weitreichender, als es der publizistische Ort der zitierten Debatte zunächst vermuten lassen könnte. Sie zu beantworten ist es nötig, sozialistisch gerichtete Gesellschaftsveränderung von vornherein als eine internationale zu denken. Das ergibt sich nicht nur aus der internationalistischen Tradition der Linken, sondern auch aus der Analyse der Wirkungs- und Rahmenbedingungen einer jeglichen gesellschaftlichen Veränderung. Ist die Welt globalisiert, wenngleich die politischen Gemeinwesen in Gestalt von gegeneinander abgegrenzten Staaten organisiert sind, so ergibt sich die Frage, welche Spielräume die Politik in den engen Grenzen der Einzelstaaten noch hat. Umgekehrt hat jede Form der gesellschaftlichen Veränderung etwa in einem Land EU-Europas Rückwirkungen auf die Union als ganze und auf das Agieren der EU in der Welt.

⁵ Vgl. Michael Brie: Wer von den Stärken des Kapitalismus nicht reden will, sollte zum Sozialismus schweigen. Zu einigen Mindestkriterien einer Diskussion über den Sozialismus im 21. Jahrhundert, Ms., Mai 2008.

⁶ Erhard Crome: Sozialismus-Streit, in: Das Blättchen, Berlin, Heft 1 vom 7. Januar 2008, S. 3.

⁷ Wolfgang Sabath: Kein Ende der Gewissheiten, in: Das Blättchen, Berlin, Heft 3 vom 4. Februar 2008, S. 18.

Das steht zugleich im Kontext mit der Frage nach der Gewalt in der Geschichte. Sie ist nicht einfach so zu beantworten, wie dies Friedrich Engels, Karl Kautsky oder gar W. I. Lenin in unterschiedlichen Kontexten der linken Debatten und Politik in der Vergangenheit versucht haben. Sie hat sich aber mit der Herstellung demokratisch-parlamentarischer Verhältnisse in einer Vielzahl von Ländern nicht einfach erschöpft, sondern steht immer wieder, also auch im 21. Jahrhundert neu. Darauf verweisen die Erfahrungen Chiles 1973 ebenso, wie die Debatten um den Zusammenhang von demokratischer Verfasstheit und imperialer Politik in Bezug auf die USA unter Bush II.⁸ Das Gewalts-Problem hat eine innere Seite: Sind schrittweise Transformationsprozesse, die zu einer anderen Grundqualität der Gesellschaft führen, möglich, ohne dass die zuvor Herrschenden den Rahmen der Demokratie verlassen und zu unmittelbarer Gewalt greifen? Unter welchen Voraussetzungen kann das dauerhaft verhindert werden? Und es hat eine äußere Seite: Wie verhält sich deutsche Außenpolitik gegenüber entsprechenden Veränderungsprozessen in anderen Ländern, z. B. in Venezuela oder Bolivien? Folgt sie einem Primat des Völkerrechts, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker? Oder hat das Primat die Sicherung von Rohstoffen und Marktzugängen für die Großfirmen des Westens und demzufolge die Unterstützung der alten herrschenden Klassen dort, die gegen die linken Regierungen vorgehen? Die Beantwortung dieser Frage hängt in erheblichem Maße davon ab, wer in Deutschland regiert, und ist so auch mit der Fähigkeit der Linken in Deutschland verbunden, die Außenpolitik des eigenen Landes und der EU zu beeinflussen und ggf. zu ändern. Das Antreten für eine andere Politik schließt eine andere Außenpolitik mit ein. Bisher ist es nicht gelungen, die konzeptionellen Grundlagen der Problemstellung aus einer linken Sicht umfassend durchzuarbeiten. Im Kontext der Realisierung von Chancen zu einer gesellschaftlichen und politischen Transformation ist die Gewaltsfrage neu zu bearbeiten. Das muss mit einem zugespitzten Verständnis des Problems gesellschaftlicher Hegemonie verbunden werden. Zugleich muss die Verbindung der Friedens-, Kriegs- und Sicherheitsfragen mit den Aspekten von Macht und Herrschaft sowie Gleichheit und Ungleichheit bzw. der politischen Ökonomie hergestellt werden, um auf diese Weise herrschafts-, gewalt- und gesellschaftskritische Positionen zu entwickeln.

Alternativen in Zeiten der Globalisierung

Die Spezifik linker kritischer Friedensforschung und Kriegsursachenforschung ergibt sich vor allem aus der Verbindung mit der kritischen Analyse sozialer, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen, mit Macht-, Herrschafts- und Kapitalismuskritik. Sie verbindet sich mit der Analyse und Kritik des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus und des Imperialismus bzw. der Imperialität und schließt eine Sicht auf die Welt als Ganzes, als Weltsystem mit ein. Das bedeutet, dass auch der gegenwärtige Kapitalismus Verhältnisse nicht einfach einebnet, sondern Zentrum und Peripherie hat, dass es Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Zentren in dieser Welt und um Macht, Einfluss und Zugang zu Ressourcen und Märkten in den Peripherie-Ländern gibt, dass wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Faktoren und Potentiale in einem je spezifischen Wechsel- und auch Spannungsverhältnis stehen und dass dennoch der Bereich der internationalen Politik bzw. der Außenpolitik eine Spezifik und analytische Eigenständigkeit hat, also als eigenständiger zu untersuchen und zu beschreiben ist. In den Blick genommen werden muss auch der gesamte Komplex der „Entwicklungspolitik“, ihrer Ansätze, patriarchalen Formen und ihrer Ergebnisse.

⁸ Dazu sei exemplarisch verwiesen auf: Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München, Zürich: Piper Verlag 2003; Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München: Goldmann Verlag 2004; Dick Howard: Die amerikanische Demokratie nach Bush, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1-2/2008; Oliver Hidalgo: Guantánamo Bay oder die begrenzte Entgrenzung der Gewalt, in: Berliner Debatte Initial, Heft 3/2008.

Die traditionelle Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen ist eine Beschäftigung mit der Entwicklung und Politik, vor allem mit der Außenpolitik und Diplomatie von Staaten. Das schließt die Untersuchung des Völkerrechts als eines eigenständigen rechtlichen Regelungsbereichs mit ein. In diesem Zusammenhang wurden auch die Interessen der Herrscher, dann der Staaten, ihrer Interessen, der „Staatsräson“ und der zugrundeliegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen diskutiert. Hinzu kamen bereits vor dem ersten Weltkrieg die Fragen nach dem Verhältnis von Staaten und Nationen und der Rolle nationaler Bewegungen. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg war jedoch klar, dass einerseits die weltwirtschaftlichen Veränderungen stärker berücksichtigt werden müssen und andererseits die politischen und sozialen Bewegungen der Völker, wie sie insbesondere in den Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck kamen, als die internationalen Beziehungen beeinflussend in die Betrachtung einzubeziehen waren.

Damit kristallisierte sich auch für die traditionelle Wissenschaft von den internationalen Beziehungen heraus, dass drei unterschiedliche Arten von Akteuren zu untersuchen sind: (1) die Staaten, (2) die mit der Globalisierung der Weltwirtschaft und der Entwicklung des Kapitalismus immer größer gewordenen Wirtschaftsunternehmen und (3) die sozialen Bewegungen. Der Politikwissenschaftler Ernst Otto Czempiel hat daher in den 1990er Jahren, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vorgeschlagen, im internationalen System drei Sphären zu unterscheiden: die politische Welt der Staaten, die „Gesellschaftswelt“ und die „Wirtschaftswelt“.⁹ Nun könnte im Sinne einer funktionalen Differenzierung à la Luhmann daraus abgeleitet werden, die Politik solle die Selbstbewegung „der Wirtschaft“, d.h. der sich globalisierenden Kapitalverwertung, artig berücksichtigen, sie befördern bzw. ihr zumindest keine Hindernisse in den Weg legen. Insofern liefe dies auf eine weitere Variante argumentativer Untersetzung für das fortgesetzte Abdanken der Politik gegenüber den Interessen der großen Wirtschaftsunternehmen hinaus. Demgegenüber ist aus Sicht linker kritischer Friedensforschung gerade der Zusammenhang von Politik und Wirtschaft in den Blick zu nehmen, mit dem Ziel, die Institutionen und Instrumente der Politik zu nutzen, um auch die Wirtschaftsverhältnisse im Hinblick auf ihre Friedens- und Entwicklungsfähigkeit kontrollieren zu können.

Das geschieht jedoch nicht unter einer naiven Perspektive etwaiger Staatsgläubigkeit, war es doch gerade die staatliche Gewalt, die die größten Verbrechen im 20. Jahrhundert – zu nennen sind zumindest Auschwitz, Gulag und Hiroshima – organisiert hat. Insofern geht linke kritische Friedensforschung zunächst von einer grundsätzlichen Staatskritik aus.¹⁰ Zugleich bleibt jedoch die Frage, wie die Möglichkeiten der Politik genutzt werden können, um den Raum der „Staatenwelt“ anders zu organisieren und die „Wirtschaftswelt“ aus der Kapitaldominanz zu lösen und den Interessen der Menschen unterzuordnen.

Das ist in der internationalen Welt noch schwerer, als es in den staatlich-national organisierten Ländern schon ist. Die Demokratie und die demokratischen Institutionen sind im Rahmen der Einzelstaaten organisiert, und die Institutionen, die die wichtigsten Entscheidungen im Sinne der Kapitalverwertung treffen, sind absichtsvoll gerade überstaatlich organisiert worden, wozu zumindest die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Europäischen Zentralbank gehören. Die Herausforderung für alternative Politik liegt darin, auch auf internationaler Ebene politische Gestaltungsmacht zu erringen.

In der heutigen Welt stehen sich der finanzmarkt-dominierte Kapitalismus – der nach dem anscheinenden Ende der Krise, das mit den wieder vollen Auftragsbüchern der Exportindustrie identifiziert wird, wieder dicke Backen macht – mit den ihn tragenden Staaten

⁹ Erst-Otto Czempiel: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München: Beck Verlag 1993.

¹⁰ Genannt seien hier: Ekkehart Krippendorff: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1985; Ders.: Kritik der Außenpolitik, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2000.

des Westens einerseits und die globalisierungskritischen, nach Alternativen suchenden Bewegungen andererseits gegenüber. Immanuel Wallerstein hat betont, dass die beiden Seiten konzentriert in dem „Geist von Davos“ (dem sog. Weltwirtschaftsforum) und dem „Geist von Porto Alegre“ (im Weltsozialforum) zum Ausdruck kommen. Aus seiner Sicht sind beide angetreten, die Welt zu verändern. Der sich globalisierende Kapitalismus ist nicht etwa eine bewahrende, „konservative“ Kraft, sondern will heute die Verhältnisse in der Welt noch stärker modeln, als je zuvor. Vielleicht ist das ja der Kern dessen, was Globalisierung geheißen wird. In diesem Sinne schreibt Wallerstein: „Davos steht genau so wenig für den Status quo wie Porto Alegre. Sie gehen beide davon aus, dass strukturelle Veränderungen unmittelbar bevorstehen und wünschenswert sind. Aber ihre Vorstellungen davon, wie diese aussehen sollen, sind grundsätzlich verschieden. Für mich – allerdings nicht ausdrücklich für sie – stellen beide Reaktionen auf die strukturelle Krise des Weltsystems dar, ein System in chaotischem Umbruch, in dem wirkliche politische und moralische Entscheidungen getroffen werden müssen, ein System, in dem diese Entscheidungen die weitere Entwicklung bedeutsam beeinflussen werden.“¹¹ Die Analyse der internationalen Politik muss von dieser Voraussetzung ausgehen.

Ringen um Alternativen

Bei dem Streit um Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert kommt der Auseinandersetzung mit Vorstellungen von Imperien, Imperialität und Imperialismus eine wesentliche Bedeutung zu, wie auch der Auseinandersetzung mit den Vorstellungen von „neuen Kriegen“, wie sie in der Mainstream-Wissenschaft und der Publizistik diskutiert werden. Vielfach dienen letztere als Begründung für den Vorschlag, in der Schaffung neuer imperialer Machtkonfigurationen in der Welt von heute die Lösung von Sicherheitsproblemen und die Gewährleistung der Interessen der Länder des Westens zu sehen. In diesem Sinne muss die Auseinandersetzung mit solchen Positionen Teil der Bearbeitung der Friedensproblematik sein.

Die Untersuchung der Kriegsursachen ist Teil der Ausarbeitung von Alternativen. Gegenüber der offiziellen Position, die Militäreinsätze stets aus deren Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit herzuleiten versucht, muss eine Analyse von Konfliktursachen und Konfliktverläufen erfolgen, die zugleich die Ergebnisse von Militäreinsätzen und Militärinterventionen untersucht. Daran schließt sich die Darstellung von Möglichkeiten friedlicher Konfliktbearbeitung und –lösung an. Neben der Bearbeitung von Konfliktvermeidungsstrategien kommt der Debatte von Möglichkeiten und Strategien zur friedlichen Konfliktbeilegung eine wichtige Rolle zu. Es ist richtig, dass die Linke stets laut und deutlich ihren Protest gegen Militärabenteuer zur „Konfliktlösung“ artikuliert. Gebraucht wird jedoch auch eine fundierte Analyse der jeweiligen Konfliktsituation sowie die Entwicklung möglicher Linien zur friedlichen Konfliktbeilegung. In der Konsequenz geht es darum, von den Regierungen konsequent die Ausschöpfung aller politischen Mittel zur Beilegung von bereits aufgebrochenen oder zur Verhütung von Konflikten einzufordern.

Die vielleicht folgenreichste Illusion am Ende des 20. Jahrhunderts war die, das Ausräumen des Ost-West-Konflikts würde eine lange Phase des Friedens einleiten. Auf das Ende der Organisation des Warschauer Vertrages ist nicht die Auflösung der NATO gefolgt, wie auch im Westen viele Friedensforscher Anfang der 1990er Jahre annahmen (oder hofften), sondern diese wurde mit veränderten Aufgaben versehen und zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsmaschinerie umgebaut. Diese Illusion hatte einen speziellen Namen: „Friedensdividende“. Gemeint war, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des damit verbundenen Wettrüstens würden Mittel frei werden, die weltweit in die Lösung sozialer, ökologischer und anderer drängender Probleme gesteckt werden könnten. Einige Zeit in den 1990er Jahren sah es so aus, als würde es in diese Richtung gehen. Jedenfalls sanken zunächst

¹¹ Immanuel Wallerstein: Wohin steuert die Welt? Geopolitische Brüche im 21. Jahrhundert, in: WeltTrends, Potsdam/ Poznan, Heft 40, Herbst 2003, S. 108f.

die Rüstungsausgaben. US-Präsident Bush II hat seit 2001 (dem „11. September“) drastisch umgesteuert. Im Jahre 2006 erreichten die Militärausgaben weltweit über 1.200 Milliarden US-Dollar. Das ist die Größenordnung, die am Ende der Block-Konfrontation und der Reagan-Jahre, die ebenfalls Hochrüstungsjahre waren, im Jahre 1988 erreicht worden war. Seither steigen die Rüstungsausgaben von Jahr zu Jahr weiter an, d.h. sie liegen in einer ansteigenden Kurve immer über dem Niveau des kalten Krieges, obwohl es doch angeblich keinen großen Feind, sondern nur „Gefährdungen“ gibt. Über 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen allein auf die USA. Weitere zwanzig Prozent auf die anderen NATO-Länder (das heißt die NATO ohne die USA), was praktisch bedeutet, dass die NATO für etwa zwei Drittel dieser Ausgaben weltweit verantwortlich ist. Die Militärhaushalte Chinas und Russlands steigen ebenfalls, machen jedoch nur fünf bzw. drei Prozent der Rüstungsausgaben in der Welt aus.

Das verstärkte Rüsten der USA hat eine zunehmende Aufrüstung anderer Länder zur Folge, auch wenn China deutlich gemacht hat, dass es sich durch die USA nicht in ein ruinöses Wettrüsten drängen lassen will, wie es die Sowjetunion im Kalten Krieg tat. Zugleich ist es aber bemüht, hinreichende militärische Kapazitäten vorzuhalten, die einen direkten militärischen Druck der USA zu kompensieren in der Lage sein sollen. Im Falle Russlands scheint es ähnlich. Zugleich sind die USA technisch uneinholbar aufgerüstet, so dass keine dieser Mächte, auch nicht die Europäische Union, sich darauf verstehen kann, mit den USA in eine militärische Konkurrenz zu treten. Das hat die Welt aber nicht sicherer gemacht. Das Bonner Zentrum für Konversion konstatierte bereits vor einigen Jahren eine „anhaltende Militarisierung“, die sich in „einer raschen Zunahme von kriegerischen Auseinandersetzungen“ widerspiegelt. Und weiter: „Zwischen 2005 und 2006 stieg die Anzahl an Konflikten, bei denen zumindest sporadisch physische Gewalt angewendet wurde, von 91 auf 111. Die Anzahl an Konflikten, die durch systematische Anwendung von Gewalt charakterisiert sind, kletterte von 16 auf 22. Die bei weitem gewalttätigsten Konflikte im Jahr 2006 fanden in Afghanistan, Irak, Israel/ Libanon, Somalia, Sri Lanka und dem Sudan statt.“¹² Mit anderen Worten: Jene Konflikte, an denen sich die USA bzw. der Westen direkt beteiligen, sind die blutigsten. Die Hochrüstung hat nicht zu einer besseren Sicherheitslage in der Welt, sondern zu mehr Unsicherheit geführt. Es hat auch in der länger zurückliegenden Geschichte keine Kräftekonstellation gegeben, in der ein forciertes Wettrüsten nicht zu Krieg und Elend geführt haben. Das stillschweigende Abtreten der Sowjetunion nach 1989 ist hier die Ausnahme. Übrigens hat auch auf diesem Feld das „geräuschlose“ Funktionieren der derzeitigen Bundesregierung seine Ergebnisse gezeitigt: Deutschland rückte im weltweiten Rüstungsexport auf Platz drei vor.

Neben der neuen Dimension des Wettrüstens sind das Desaster der westlichen Kriegspolitik im Irak und der sich in die Länge ziehende Krieg in Afghanistan Menetekel der Aussichtslosigkeit derzeitiger Politik. Der damalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, hatte in seiner Karfreitagspredigt 2008 darauf verwiesen, dass im April 2003, als der Krieg der USA zur Besetzung des Irak begann, noch etwa 1,5 Millionen Christen in Irak gelebt haben. Inzwischen habe etwa die Hälfte von ihnen das Land verlassen. Es sei auf beklemmende Weise grotesk, dass es ihnen unter der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein besser gegangen ist als unter dem Protektorat der USA. „Der Irak-Krieg ist eine globale Sackgasse; eine Straße des Elends und der Hoffnungslosigkeit. Es ist zugleich die teuerste Sackgasse aller Zeiten.“¹³

Von den über 640 Milliarden Dollar für militärische Zwecke der USA im Jahre 2008 waren mehr als 146 Milliarden für den „Krieg gegen den Terror“, also die fortgesetzte Besetzung des Iraks und Afghanistans vorgesehen. Das waren 37.000 US-Dollar pro Kopf der in den beiden Ländern derzeit lebenden Menschen. Vielleicht hätte man ihnen diese Summe jeweils

¹² Bonn International Center for Conversion: Jahresbericht 2006/2007, S. 16.

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 2008, S. 2.

auszahlen sollen und die Truppen abziehen. Joseph Stiglitz, Träger des Nobelpreises für Wirtschaft von 2001 und ehemals Chefökonom der Weltbank, hat ein Buch über die Kosten des Irak-Krieges geschrieben.¹⁴ Als der Krieg 2003 begonnen wurde, behauptete der damals für das Militär zuständige Minister Rumsfeld, die Kosten der Operation würden 50 Milliarden Dollar betragen. Sie werden um das Sechzigfache höher liegen und, allein für die USA, mit allen Folgekosten etwa drei Billionen Dollar betragen; der Rest der Welt zahlt nochmals drauf. Es ist der zweitlängste Krieg der USA nach dem Vietnamkrieg und der zweitteuerste nach dem Zweiten Weltkrieg. Und die Mittel wurden der Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme entzogen. Mit den drei Billionen Dollar hätte man acht Millionen Einfamilienhäuser in den USA bauen können (in diesem Sektor brach bekanntlich die Kreditkrise in den USA aus), die Gesundheitsversorgung für weltweit 530 Millionen Kinder für ein Jahr bezahlen können oder 15 Millionen Schullehrer oder Stipendien für 43 Millionen Studenten.

Das sind die gesellschaftlichen Kosten eines solchen Krieges, die finanziell messbaren. Was die Opfer anbelangt: bis Ende August 2010 wurden mehr als 4.700 westliche Soldaten getötet, über 60.000 verwundet. Die Zahl der irakischen Todesopfer in dieser Zeit wird auf etwa eine Million geschätzt. Vier Millionen Iraker sind aus dem Lande geflohen. Wird Bilanz gezogen, so erweist sich auch im Sinne der geopolitischen Strategie der Urheber dieser Politik das Scheitern. Der indische Vizepräsident, Hamid Ansari, stellte dazu fest: „Die Vereinigten Staaten sind heute nicht mehr die alles überragende Supermacht, als die sie noch im Frühjahr 2003 erschienen. Die Politik des Unilateralismus, der ‚kreativen Zerstörung‘ und der präventiven Kriegsführung ist gescheitert. Nichtstaatliche Akteure im Irak haben die USA in Bedrängnis gebracht; ihre Politik hat dem Terrorismus Auftrieb gegeben; die innenpolitische Unterstützung haben sie wegen ihrer Politik gegenüber dem Irak verloren; ihre Popularitätswerte in arabischen und muslimischen Ländern sind alarmierend niedrig, und ihre Absichten gelten als verdächtig. Die finanzielle Belastung durch den Krieg und der Druck auf den Dollar haben die Sorgen der Öffentlichkeit weiter anwachsen lassen.“¹⁵ Die USA haben den Zenit ihrer imperialen Macht überschritten. Präsident Barack Obama hat historisch gewissermaßen die Aufgabe, den internationalen Rückzug der USA innenpolitisch zu vermitteln und außenpolitisch für die USA so wenig schmerzhaft wie möglich zu gestalten.

Am Ende erweist sich, dass ein „Peripherie-Krieg“ wie der im Irak hinsichtlich der Opfer und der Kosten zu einem Krieg ausgeartet ist, den die reichen und mächtigen USA nicht mehr zu tragen vermochten. Er zeigt exemplarisch, dass die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht mit militärischen Mitteln lösbar sind. Eine militärisch orientierte Außenpolitik ist ebenso eine Sackgasse, wie die Selbstbewegung des Wettrüstens. Das Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung muss wieder zu einem zentralen Thema linker Außenpolitik bzw. ihrer Friedenspolitik werden.

In der Konsequenz heißt das, dass etliche der Konzepte, die in der Zeit des Endes des Ost-West-Konfliktes ausgearbeitet und diskutiert worden sind, neuer Betrachtung bedürfen, als „gesunkene Kulturgüter“ wieder an die Oberfläche gebracht werden müssen. Das betrifft

- die Erfahrungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und die ihr zugrunde gelegten Prinzipien,
- die damals ausgehandelten Prinzipien, Regularien und Regime der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere das Ringen um Abrüstung der nuklear-strategischen Waffensysteme – mit dem Ideal einer atomwaffenfreien Welt;

¹⁴ Vgl. Joseph E. Stiglitz, Linda J. Bilmes: The Three Trillion Dollar War. The True Cost of the Iraq Conflict, New York: W.W.Norton & Company 2008.

¹⁵ Hamid Ansari: Wachsende Sorgen um die Sicherheit in Vorderasien. Rede auf der internationalen Konferenz der Observer Research Foundation und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu Delhi am 21. November 2007. rls Standpunkte, Berlin, 19/2007, S. 3.

- die Schaffung von Zonen des Verbots von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von atomwaffenfreien Zonen,
- das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit,
- das Problem der UNO und des UNO-Sicherheitsrates, ihrer Möglichkeiten und Grenzen in der Friedenssicherung und der Durchsetzung internationalen Rechts,
- die Weiterentwicklung und Durchsetzung des Völkerrechts.

Am Ende muss auch das Problem der „Friedensfähigkeit des Kapitalismus“ neu diskutiert werden, d.h. welche Chancen für die Erhaltung und Sicherung des Friedens bestehen unter der Voraussetzung, dass Kapitalismus als „normale“ Wirtschaftsweise weiter existiert. Von welchen Faktoren hängt das ab? Damit wären wir wieder bei der Hegemoniefrage, der Rolle der sozialen Bewegungen und der historischen Verantwortung der politischen Linken.

Zusammenfassend heißt das: Kriegsächtung und Friedenssicherung gehören zusammen. Linke Politik, die Kriege als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ablehnt, steht auch dafür, Alternativen möglich zu machen. Dazu gehören die Bekämpfung der Ursachen für Konflikte und Kriege, die Öffnung alternativer, friedlicher Wege zur Konfliktbearbeitung und -lösung sowie die Schaffung eines internationalen Rahmens für die Konfliktlösung.

Hier kommen der UNO und dem Völkerrecht besondere Bedeutung zu. Die Schlussfolgerung aus linker bzw. friedenspolitischer Perspektive lautete, dass die NATO den Frieden nicht sichert, sondern gefährdet. Um einen Ausweg aus dieser Lage zu finden, ist nicht deren Umgestaltung, sondern die Auflösung der NATO und die Schaffung regionaler Systeme kollektiver Sicherheit erforderlich. So gilt es besonders, den Blick auf die UNO zu werfen, die aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges heraus als der rechtliche und institutionelle Rahmen zur Sicherung des Friedens in einer globalen Perspektive geschaffen wurde. Sie wurde bisher durch die einseitige Interessenpolitik der Großmächte gehindert, voll zur Wirksamkeit zu kommen. Am Ende ist sie jedoch alternativlos: Wer das „Recht des Stärkeren“ nicht will, muss auf die „Stärke des Rechts“ setzen.

Eine Schwierigkeit ist, dass dies nach der deutschen Vereinigung zwar als Maxime deutscher Außenpolitik diskutiert, insbesondere durch die Kriegsbeteiligung Deutschlands an dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 jedoch ad absurdum geführt wurde. Das ändert jedoch nichts daran, dass der Bezugsrahmen für eine tatsächlich dem Frieden dienende Außenpolitik die UNO und das geltende Völkerrecht sind. UNO, Völkerrecht und ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit sind sinnvolle und realisierbare Alternativen zu einer militärisch orientierten „Friedens-“ und Sicherheitspolitik.

(Soeben erschienen in: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Kapitalismus, Krise und Krieg. Den Kreislauf durchbrechen, Kassel: Verlag Winfried Jenior 2010, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 17, S. 190-205.)